

Strategische Neuausrichtung der Forschungsförderung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Extremismus – Strukturförderung zur besseren Vernetzung von Wissenschaft und Praxis

Begründung:

Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Anerkennung gemeinsamer Grundwerte, Entscheidungsregeln und einem respektvollen Miteinander. In Zeiten des Wandels wächst die Verunsicherung. Diese bildet einen Nährboden für Populismus, Hass, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Diese Phänomene bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährden die Demokratie. Die zukünftigen Koalitionsparteien haben das erkannt und möchten, wie sie in ihrem Sondierungspapier bekennen, „entschlossen gegen Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus, Islamismus, Linksextremismus, Queerfeindlichkeit und jede andere Form der Menschenfeindlichkeit vorgehen“.

Dies kann nur mit wissenschaftlich fundierten Strategien zur Bekämpfung dieser Phänomene gelingen. Zwar existiert bereits eine Vielzahl von Präventions- und Interventionsmaßnahmen in der Praxis, jedoch sind diese in der Regel nicht durch Strukturen vernetzt und nehmen nur wenig Bezug zu den fachwissenschaftlichen Erkenntnissen der Psychologie und anderer Sozialwissenschaften. Beide Aspekte, der Mangel an Vernetzungsstrukturen aber auch die Lücke zwischen Forschung und Interventionspraxis, begrenzen sowohl den Zuwachs an verlässlichem Wissen als auch die Effektivität praktischer Maßnahmen.

Wir halten daher eine strategische Neuausrichtung der Forschungs- und Interventionsförderung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Extremismus für erforderlich. Kleine, zeitlich begrenzte Einzelfördermaßnahmen sind wenig wirkungsvoll und sollten von umfassenden, langfristig angelegten und Wissenschaft und Praxis integrierenden Maßnahmen abgelöst werden. Aus Sicht unseres Faches lässt sich das Ziel der Koalitionsparteien nur erreichen durch (a) eine deutliche Erhöhung der zugehörigen Förderetats und (b) eine stärkere Strukturförderung. Da die Universitäten bei der Generierung verlässlichen Wissens als Grundlage von Interventionsmaßnahmen eine Schlüsselrolle einnehmen, schlagen wir vor, dass in jedem Bundesland als infrastrukturelle Maßnahme interdisziplinäre universitäre Zentren zu den Themen Extremismus und Rassismus etabliert werden.

In einem Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode sollte deshalb festgehalten werden: Wir werden uns mit den Ländern für eine strategische Neuausrichtung der Forschungsförderung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Extremismus einsetzen. Diese Strategie wird in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und Praxispartnern erarbeitet. Der Etat zur Bekämpfung von Menschenfeindlichkeit und Extremismus wird deutlich erhöht, und es werden interdisziplinäre Zentren an den Universitäten zu den Themen etabliert.